

ANALYSE

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE WIRTSCHAFTS- PERFORMANCE IM VERGLEICH

Das französische Bruttoinlandsprodukt ist im Zeitraum 1995 bis 2002 insgesamt deutlich stärker gewachsen als das der deutschen Wirtschaft. Dieser Wachstumsvorteil Frankreichs kann im Wesentlichen durch die ökonomischen Folgewirkungen der deutschen Wiedervereinigung erklärt werden. Das sind zum einen die wachstumsbremsenden Anpassungsprozesse in der deutschen Bauwirtschaft, zum anderen die vorwiegend vereinigungsbedingt höhere Abgabenbelastung. Wenn man dies berücksichtigt, erlebte Frankreich lediglich in den Jahren 1998 und 1999 im Gegensatz zu Deutschland einen sehr kräftigen, aber bald darauf wieder abflachenden Konjunkturboom. Dieser wurde vor allem von einem kräftigen Beschäftigungsaufbau getragen, der wiederum auf eine im Vergleich zu Deutschland ausgeprägte Lohnzurückhaltung Frankreichs in den Vorjahren zurückzuführen ist. Zudem haben Arbeitsmarktreformen diesen Beschäftigungserfolg erleichtert, wenngleich der französische Arbeitsmarkt insgesamt immer noch stärker reguliert ist als der deutsche. Die Wachstumsbedingungen sind insgesamt gesehen in Frankreich nicht besser als in Deutschland.

iw-trends

Die wirtschaftliche Entwicklung ist in Frankreich seit Mitte der neunziger Jahre durchgängig besser als in Deutschland. Da beide Staaten nicht als reformfreundlich gelten, überraschen diese Unterschiede, und es stellt sich die Frage, ob der französische Wachstumsvorsprung auf ein anderes wirtschaftspolitisches Vorgehen zurückgeführt werden kann. Ziel dieser Studie ist es, zu zeigen, wie unterschiedlich sich beide Länder im Zeitraum 1995 bis 2002 entwickelt haben, und wie sich das unterschiedlich hohe Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum erklären lässt. Dabei wird hauptsächlich untersucht, inwieweit die divergierende Wachstumsperformance auf die Lohn- und Arbeitsmarktpolitik in beiden Ländern zurückgeführt werden kann.

*Untersuchungs-
methode*

Verschiedene Studien haben sich bereits mit dem französischen Erfolg befasst und auch den direkten Vergleich mit der Bundesrepublik gezogen (OECD, 2001; Deutsche Bundesbank, 2001a; Volz, 2001; Logeay/Volz, 2001; Zeeuw, 2001; Kuntze, 2002; Schlotböller/Suntum, 2002). Sie setzen allerdings unterschiedliche Schwerpunkte: Einige nehmen vorwiegend die Nachfragekomponenten des Bruttoinlandsprodukts in den Blick und streifen die Arbeitsmarktpolitik und die Steuerpolitik nur knapp (Deutsche Bundesbank, 2001a; Zeeuw, 2001). Andere analysieren dagegen die Beschäftigungs- und Lohnpolitik oder auch die Fiskalpolitik ausführlicher (Volz, 2001; Logeay/Volz, 2001).

Parallel dazu wird im EU-weiten Kontext derzeit vermehrt über die schlechte Positionierung Deutschlands in Wachstums-Rankings in den vergangenen Jahren diskutiert und nach Ursachen für dieses schlechte Abschneiden gesucht (Europäische Kommission, 2002; Sachverständigenrat, 2002; Boss/Meier, 2002; Hein/Mülhaupt/Truger, 2002). In diesen Vergleichsstudien werden explizit die wirtschaftlichen Effekte der deutschen Wiedervereinigung beachtet. Auch die Rolle rigider Arbeits- und Produktmärkte, ein verringerter deutscher Zinsvorteil und andere wachstumsrelevante Einflussfaktoren werden ausführlicher thematisiert – allerdings im Vergleich Deutschlands mit der Europäischen Union beziehungsweise dem Euroraum.

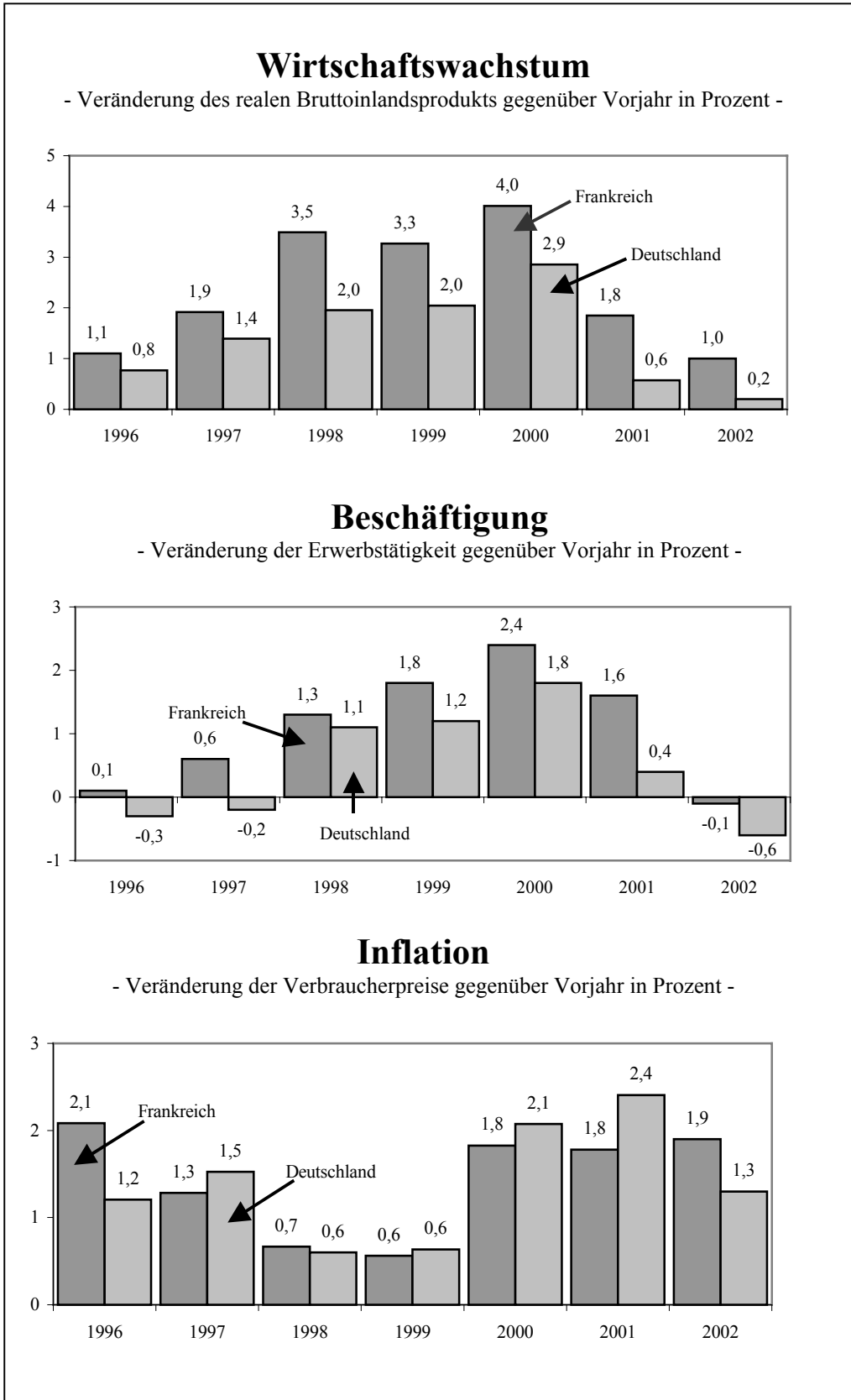
Die vorliegende Studie führt die beiden Argumentationslinien zusammen und ergänzt die bisherigen französisch-deutschen Vergleiche um die Aspekte der Schlusslichtdebatte.

*Makroökonomische
Bestandsaufnahme*

Zunächst erfolgt auf der Basis von OECD-Daten eine kurze makroökonomische Bestandsaufnahme, die zeigt, dass Frankreich seit 1995 vor allem mit Blick auf das Wirtschaftswachstum und die Arbeitsmarktentwicklung deutlich besser als Deutschland abgeschnitten hat (Abbildung 1):

- Die französische Wirtschaft ist zwischen 1995 und 2002 preisbereinigt um insgesamt 17,8 Prozent gewachsen, während Deutschland einen Zuwachs beim realen Bruttoinlandsprodukt von 10,2 Prozent verzeichnen konnte. Vor allem ab 1998 zeigen sich größere Wachstumsdifferenzen.

Abbildung 1



Quelle: OECD; Statistisches Bundesamt; Insee; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



- Ein Blick auf die Nachfragekomponenten des Bruttoinlandsprodukts zeigt die Wachstumsdifferenzen im Detail (Tabelle 1). Sie sind bei den Bauinvestitionen und den Ausrüstungsinvestitionen besonders groß. Auch die Unterschiede bei den privaten Konsumausgaben haben aufgrund ihres hohen Gewichts am Bruttoinlandsprodukt – zwischen 55 und 60 Prozent – stark unterschiedliche Wachstumswirkungen. Insgesamt ist die Inlandsnachfrage in Frankreich seit 1995 um gut 17 Prozent gestiegen, in Deutschland dagegen nur um knapp 6 Prozent. Beim Außenhandel hingegen zeigen sich leichte Vorteile für Deutschland.

Tabelle 1

Nachfragedifferenzen

- Veränderung in realer Rechnung 1995 bis 2002 in Prozent,
Differenz Frankreich-Deutschland in Prozentpunkten -

	Frankreich	Deutschland	Differenz
Private Konsumausgaben	16,7	9,9	6,8
Staatliche Konsumausgaben	15,2	8,8	6,4
Ausrüstungsinvestitionen	46,2	22,6	23,6
Bauinvestitionen	12,1	-17,2	29,3
Inlandsnachfrage	17,1	5,8	11,3
Exporte	50,4	62,3	-11,9
Importe	49,4	45,5	3,9
Bruttoinlandsprodukt	17,8	10,2	7,6

Quelle: OECD; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



- Hier zu Lande sind zwischen 1995 und 2002 insgesamt nur rund 3,4 Prozent mehr Arbeitsplätze entstanden, in Frankreich stieg dagegen die Zahl der Erwerbstätigen um 7,9 Prozent an. Der Beschäftigungsboom in Frankreich konzentrierte sich am stärksten auf die Jahre 1998 bis 2001. Die standardisierte Arbeitslosenquote Frankreichs war im Jahr 2002 mit 8,8 Prozent zwar immer noch höher als die Deutschlands (8,1 Prozent). Allerdings gelang den Franzosen ein größerer Abbau in den vergangenen Jahren. Seit dem Höchststand im Jahr 1996 fiel die Quote in Frankreich um 3,1 Prozentpunkte, in Deutschland seit dem Höchstwert im Jahr 1997 jedoch nur um 1,6 Punkte.

- Selbst bei der Inflationsrate hat sich Deutschland nicht länger als Vorbild erwiesen. Insgesamt stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland seit 1995 mit insgesamt 10,2 Prozent nur etwas weniger als in Frankreich mit 10,5 Prozent. In einzelnen Jahren schnitt Deutschland sogar ein wenig schlechter ab als Frankreich. Diese geringen Unterschiede überraschen nicht, da sich die französische Geldpolitik in den neunziger Jahren eng an der deutschen orientierte und seit 1999 die Europäische Zentralbank für eine gemeinsame Geldpolitik verantwortlich ist.

Im Weiteren konzentriert sich die Analyse auf die Unterschiede zwischen Frankreich und Deutschland beim Wirtschaftswachstum und bei der Beschäftigung. Es werden dazu die Untersuchungen zur Schlusslichtdiskussion herangezogen, und es wird gezeigt, inwieweit sich das französisch-deutsche Wachstumsdifferenzial für den Zeitraum 1995 bis 2002 mit den dort aufgeführten Argumenten – Zinsvorteil, Wiedervereinigungseffekte und letztlich Unterschiede in der Lohn- und Arbeitsmarktpolitik – erklären lässt.

In der Schlusslichtdebatte wird darauf verwiesen, dass Deutschland weniger als andere EWU-Länder vom Konvergenzprozess bei den Zinsen profitiert hat (Hein/Mülhaupt/Truger, 2002; Boss/Meier, 2002; Sachverständigenrat, 2002). So mussten in einigen europäischen Ländern vor Beginn der Europäischen Währungsunion hohe Risikoaufschläge auf das deutsche Zinsniveau gezahlt werden, weil die Finanzmärkte dort die Möglichkeit einer Währungsabwertung gegenüber der D-Mark berücksichtigten. Mit zunehmendem Glauben an die Umsetzung der Europäischen Währungsunion verringerten sich die Risikoprämien, und die nominalen Zinsen näherten sich dem deutschen Niveau an.

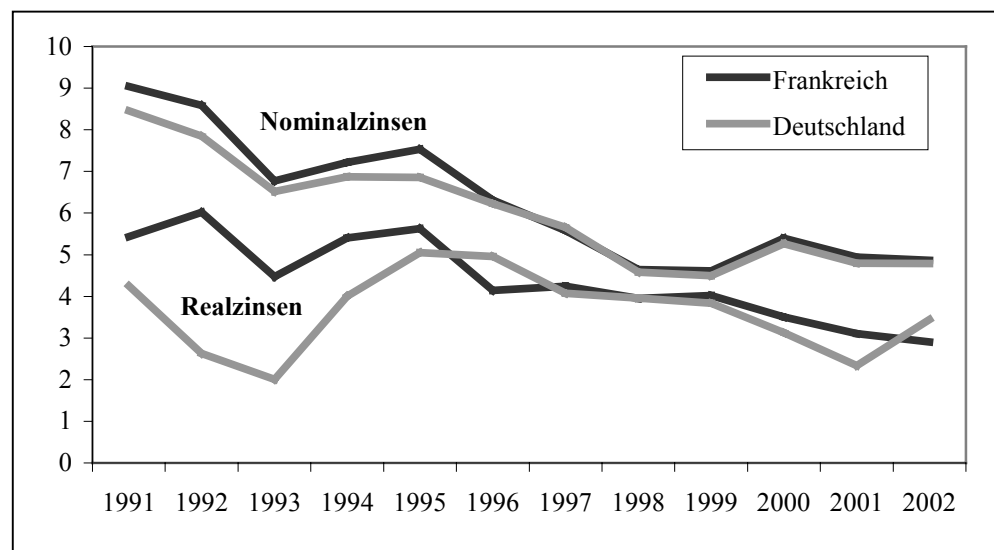
Relativer Zinsvorteil

Der Zinskonvergenz-Prozess war allerdings zwischen Deutschland und Frankreich weniger ausgeprägt als etwa im Vergleich zu Italien, Griechenland oder Portugal. Daher hat dieser Aspekt nur geringe Relevanz für den französisch-deutschen Wachstumsvergleich. Abbildung 2 zeigt den Verlauf der langfristigen Nominal- und Realzinsen für Frankreich und Deutschland. Tatsächlich unterscheiden sich die Nominalzinsen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre nur sehr wenig voneinander, ab 1996 sind sie nahezu identisch. Die höheren Realzinsen in Frankreich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre gehen somit auf höhere Inflationsraten in Deutschland während

des Wiedervereinigungsbooms zurück. Von einer Zinskonvergenz kann folglich nicht die Rede sein, allenfalls von einer Konvergenz der Inflationsraten, wobei sich Deutschland von einem höheren Niveau der niedrigeren Teuerung in Frankreich annäherte und nicht umgekehrt. Dies zeigt, dass das Zinskonvergenz-Argument in der üblichen Weise zur Erklärung der französisch-deutschen Wachstumsunterschiede nicht angeführt werden kann.

Abbildung 2

Zinsentwicklung - Nominal- und Realzinsen in Prozent -



Renditen 10-jähriger Staatsanleihen deflationiert mit Verbraucherpreisen.
Quelle: OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Nimmt man den Verlauf der Realzinsen in den Blick, bestätigt sich dieses Bild weitgehend. Ab 1993 steigen sie in beiden Ländern an, wenngleich in leicht unterschiedlichem Ausmaß, und verlaufen ab 1997 nahezu parallel. Wenn überhaupt, dürfen die Realzinsunterschiede nur einen vernachlässigbaren Beitrag zu den Wachstumsunterschieden ab 1995 gegeben haben.

Bauinvestitionen

Ein wichtiger Aspekt der Schlusslichtdebatte sind die ökonomischen Folgen der deutschen Wiedervereinigung (Europäische Kommission, 2002). Hier spielt vor allem die schlechte Entwicklung der deutschen Bauinvestitionen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eine große Rolle (siehe auch Tabelle 1). Diese ist maßgeblich von der Situation der ostdeutschen Bauindustrie geprägt, die im Zuge der deutschen Wiedervereinigung mit massiven Steueranreizen gefördert wurde, um die veraltete Bausubstanz möglichst

schnell zu erneuern. Dies erwies sich zum einen als eine teilweise Fehllenkung von Ressourcen. Zum anderen führte dies zu einem Aufbau von immensen Überkapazitäten in der ostdeutschen Bauindustrie, die nun allmählich wieder abgebaut werden müssen. Dieser Normalisierungsprozess trägt maßgeblich zu den seit Jahren rückläufigen gesamtdeutschen Bauinvestitionen bei. In Westdeutschland kam es seit Ende der achtziger Jahre zu einer starken Zuwanderung vor allem aus Osteuropa, was die Bautätigkeit ankurbelte. Seit Mitte der neunziger Jahre ist dieser Effekt ausgelaufen, was neben der schlechten Arbeitsmarktentwicklung ebenfalls zur deutschen Baukrise beiträgt (Sachverständigenrat, 2002, Ziff. 340 f.; Europäische Kommission, 2002, 30 f.).

Mit Blick auf Frankreich spielen die Unterschiede im Bausektor eine noch größere Rolle, da sich hier die Bauinvestitionen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, vor allem aber seit 1998, deutlich dynamischer entwickelten als im europäischen Durchschnitt – und besonders im Vergleich zu Deutschland. Tatsächlich fallen die Wachstumsunterschiede zwischen Frankreich und Deutschland wesentlich geringer aus, wenn man die Bauinvestitionen ausblendet. Über den gesamten Zeitraum 1995 bis 2002 gerechnet, würde sich der Wachstumsvorsprung Frankreichs von 7,6 auf 3,6 Prozentpunkte mehr als halbieren.

Als weiterer ökonomischer Effekt der Wiedervereinigung kommt die stark gestiegene Abgabenbelastung hinzu, die allerdings geringer gewesen wäre, wenn die deutsche Wirtschaftspolitik rechtzeitig anderweitige Sparmaßnahmen vor allem bei den konsumptiven Staatsausgaben vorgenommen hätte. Auch in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre betragen die öffentlichen Nettotransferleistungen für Ostdeutschland noch etwa 4 Prozent des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts (Europäische Kommission, 2002, 43). Das Gros der finanziellen Lasten der Wiedervereinigung wurde dabei über den Faktor Arbeit finanziert – vor allem durch eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge. So stiegen die summierten Beitragssätze für Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Westdeutschland von 35,6 Prozent im Jahr 1990 auf 39,3 Prozent im Jahr 1995 und dann – trotz des Ökosteuerbeitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung – auf 41,3 Prozent im Jahr 2002. In Frankreich hingegen wurden die Sozialversicherungsbeiträge seit 1995 gesenkt.

Abgabenlast

Der Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge führte in Deutschland zu einem starken Anstieg des Abgabenkeils. Die Arbeitskosten der Unternehmen stiegen deutlich stärker als die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer. Das bremste zum einen die Investitionstätigkeit und die Arbeitsnachfrage der Unternehmen. Zum anderen wurde der Anstieg der verfügbaren Einkommen begrenzt, was sich dämpfend auf den privaten Konsum auswirkte.

Die Europäische Kommission hat mit ihrem makroökonomischen Modell QUEST II berechnet, dass die höhere Abgabenbelastung die reale Wachstumsrate des deutschen Bruttoinlandsprodukts seit Mitte der neunziger Jahre um jahresdurchschnittlich etwa 0,3 Prozentpunkte verringert hat (Europäische Kommission, 2002, 50). Die Wachstumsdifferenzen sind dabei zuerst größer als 0,3 Prozentpunkte pro Jahr, fallen ab dem Jahr 2000 unter diesen Wert und laufen allmählich aus. Insgesamt können also gut 2 Prozentpunkte der gesamten Wachstumsdifferenz zwischen Frankreich und Deutschland im Zeitraum 1995 bis 2002 durch diesen Abgabeneffekt erklärt werden.

Staatsausgaben

Die Wiedervereinigung hatte auch indirekte Auswirkungen auf die Entwicklung der deutschen Staatsausgaben, die als Nachfrageaggregat ebenfalls wachstums- und konjunkturwirksam sind (siehe auch Tabelle 1). Dieser Effekt lässt sich nicht quantifizieren, vermag allerdings auch einen Teil der französisch-deutschen Wachstumsdifferenz zu erklären. Das langsamere Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum in Deutschland verringerte den Zuwachs der Staatseinnahmen. Die ungünstigere Einnahmenentwicklung zwang die öffentliche Hand in Deutschland, stärker bei den Staatsausgaben zu sparen, um den durch den Maastricht-Vertrag vorgegebenen Sparkurs umzusetzen. Dies gilt vor allem mit Blick auf die öffentlichen Investitionen. Empirische Untersuchungen zeigen jedoch, dass staatliche Investitionsausgaben – im Gegensatz zu staatlichen Konsumausgaben – auch mittelfristig positive Wachstumswirkungen haben (Sachverständigenrat, 2002, Ziff. 606 f.).

Hedonik

Die Wiedervereinigungseffekte können einen Großteil des Wachstumsunterschieds zwischen Frankreich und Deutschland erklären. Die danach verbleibende Differenz kann durch unterschiedliche Berechnungsweisen im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beider Länder – trotz der Vereinheitlichung der Statistiken auf europäischer Ebene – weiter ver-

mindert werden. Frankreich verwendet wie die USA in der amtlichen Statistik ein hedonisches Preismessungsverfahren für Computer sowie zur Deflationierung des Bruttoinlandsprodukts einen so genannten Kettenindex (Bezugsbasis ist die jeweilige Vorperiode). Deutschland hat dies dagegen im Betrachtungszeitraum nicht getan. Die Deutsche Bundesbank hat berechnet, dass bei Verwendung dieser Methoden das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland im Zeitraum 1996 bis 1999 um knapp 0,2 Prozentpunkte pro Jahr höher ausgefallen wäre (Deutsche Bundesbank, 2001b). Die Wachstumsunterschiede zwischen Frankreich und Deutschland sind somit auch aus statistischen Gründen überzeichnet.

Die bisherige Analyse hat gezeigt, dass der Wachstumsvorteil Frankreichs über den Gesamtzeitraum 1995 bis 2002 weitgehend durch die ökonomischen Folgen der deutschen Wiedervereinigung und durch eine unterschiedliche Preisbereinigung bei der Berechnung des realen Bruttoinlandsprodukts erklärt werden kann. Die tatsächlich gemessene Wachstumsdifferenz in Höhe von insgesamt 7,6 Prozentpunkten kann bereits durch die unterschiedliche Entwicklung der Bauinvestitionen und die höhere Abgabenbelastung in Deutschland auf 1,5 Prozentpunkte vermindert werden. Rechnet man dies auf den siebenjährigen Zeitraum um, so liegt die jahresdurchschnittliche Differenz bei etwas über 0,2 Prozentpunkten.

Zwischenfazit

Betrachtet man bei der Herausrechnung der quantifizierbaren Wiedervereinigungseffekte allerdings einzelne Jahre, dann lassen sich nennenswerte Vorteile für Frankreich lediglich für die Jahre 1998 und 1999 ablesen (Abbildung 3). Dies legt den Schluss nahe, dass es sich beim relativen Wachstumserfolg Frankreichs vorwiegend um ein kurzfristiges Phänomen handelt. Offensichtlich bestehen keine größeren Unterschiede bei der mittelfristigen Wachstumsperformance beider Staaten. Auch die Deutsche Bundesbank erkennt keine nennenswerten Vorteile für Frankreich mit Blick auf das Wachstumspotenzial (Deutsche Bundesbank, 2001a). Frankreich, das wie Deutschland auch als wenig reformfreundlich gilt, hat also offenbar seine Wachstumsmöglichkeiten in den letzten Jahren nicht grundlegend verbessert. Allerdings bleiben noch folgende Fragen zu klären:

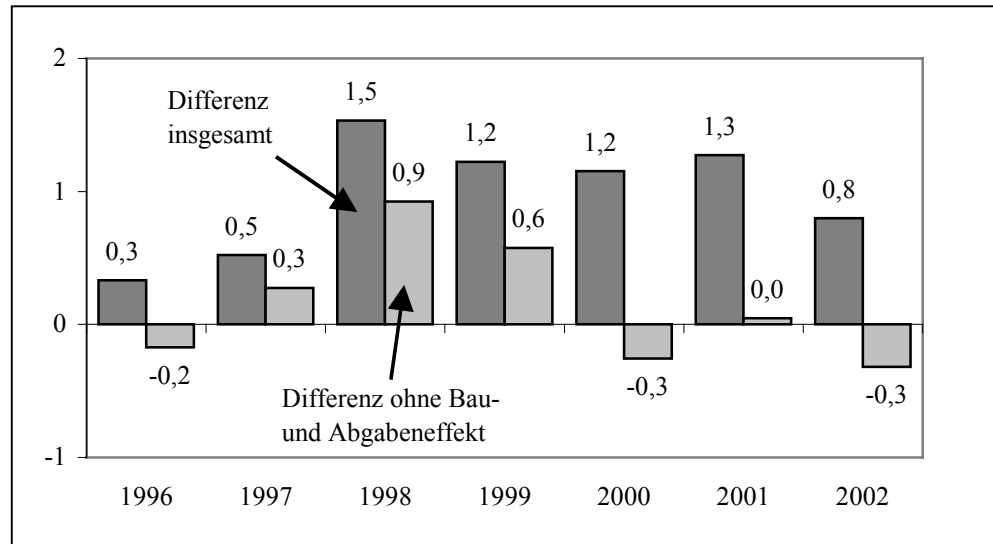
- Warum ist Frankreich in den Jahren 1998 und 1999 auch unter Berücksichtigung der Wiedervereinigungseffekte beim realen Bruttoinlandsprodukt deutlich stärker als Deutschland gewachsen?

- Wie hat es Frankreich geschafft, einen so starken Beschäftigungsanstieg zu erreichen?

Abbildung 3

Wachstumseffekte der Wiedervereinigung

- Wachstumsdifferenz zwischen Frankreich und Deutschland in Prozentpunkten -



Quelle: OECD; EU; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Der zweite Aspekt ist auch für die Debatte über die Wachstumsdifferenzen zwischen Deutschland und Frankreich wichtig, da die Beschäftigungsentwicklung aus theoretischer Sicht ein wichtiger Wachstumsmotor ist – und nicht umgekehrt. Bei der Interpretation so genannter Beschäftigungsschwellen – also ab welcher Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts steigt die Beschäftigung – wird häufig ignoriert, dass das Wachstum der wirtschaftlichen Leistung einer Volkswirtschaft (Bruttoinlandsprodukt) erst durch einen größeren Einsatz von Produktionsfaktoren und technischen Fortschritt möglich wird. Beschäftigungsschwellen sind eher als ein Indikator für die Verkrustung von Arbeitsmärkten zu verstehen.

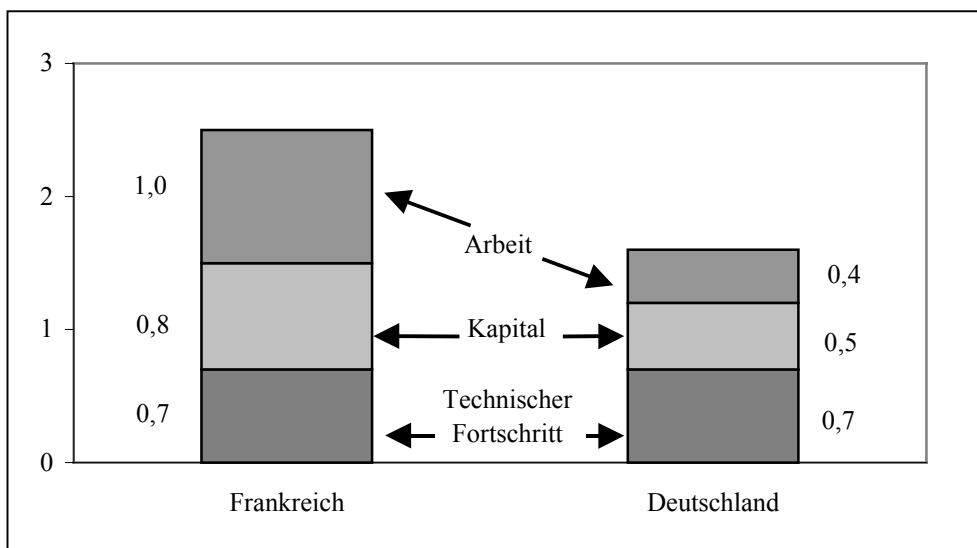
Tatsächlich lassen sich die Wachstumsunterschiede zwischen Frankreich und Deutschland im Zeitraum 1995 bis 2001 zum erheblichen Teil auf eine wesentlich geringere Ausnutzung des Faktors Arbeit in Deutschland zurückführen (Sachverständigenrat, 2002, Ziff. 313; Europäische Kommission, 2002, 24 f.). Abbildung 4 zeigt anhand einer Solow-Zerlegung die Beiträge der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt zum

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts. Demnach hat der technische Fortschritt sowohl in Deutschland als auch in Frankreich zum jahresdurchschnittlichen Wachstum von 1,6 beziehungsweise 2,5 Prozent 0,7 Prozentpunkte beigetragen. Der höhere Kapitaleinsatz in Frankreich brachte 0,3 Prozentpunkte mehr an Wachstum als in Deutschland. Aber vor allem der Wachstumsbeitrag des Faktors Arbeit kann von der Entstehungsseite her betrachtet 0,6 Prozentpunkte der französisch-deutschen Wachstumsdifferenz erklären.

Abbildung 4

Determinanten des Wachstums

- Wachstumsbeiträge der Produktionsfaktoren in realer Rechnung im Zeitraum 1995 bis 2001 in Prozentpunkten -



Quelle: Sachverständigenrat, 2002.

Um den Konjunkturboom und die gute Beschäftigungsperformance ab 1998 in Frankreich zu erklären, liegt zunächst ein Blick auf die Lohnpolitik nahe. Dabei ist es notwendig, auch die erste Hälfte der neunziger Jahre zu beachten, weil sich beispielsweise eine moderate Lohnpolitik in der Regel erst zeitverzögert auf das Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstum auswirkt. Ein Blick auf die Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft im Zeitraum 1991 bis 2001 macht deutlich, dass Frankreich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre im Vergleich zu Deutschland eine bemerkenswerte Lohnzurückhaltung geübt hat (Abbildung 5). In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zeigen sich dagegen insgesamt keine starken Unterschiede bei der so

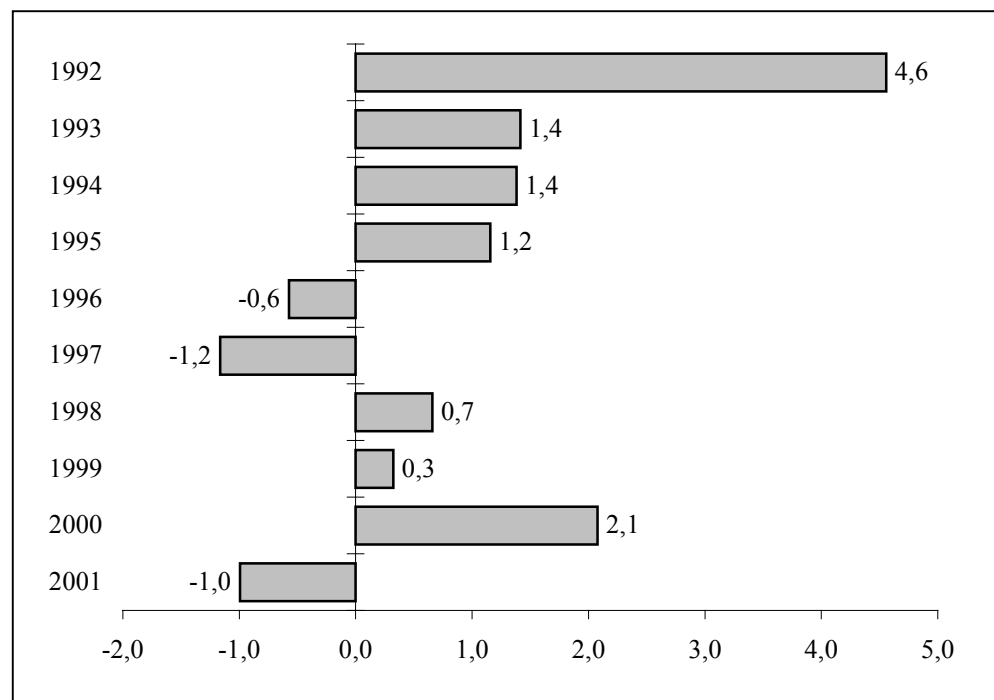
Lohnpolitik

gemessenen Lohnpolitik zwischen beiden Ländern. Allerdings gibt es in einzelnen Jahren bemerkenswerte Unterschiede, wenngleich mit unterschiedlichen Vorzeichen. Diese Unterschiede finden sich in der Tendenz auch, wenn man andere Indikatoren für die Lohnpolitik verwendet, wie zum Beispiel die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte pro Kopf und die der Lohnstückkosten auf Basis der jährlichen oder der trendmäßigen Arbeitsproduktivitätsentwicklung.

Abbildung 5

Lohnpolitik

- Veränderung der Lohnstückkosten gegenüber Vorjahr,
Wachstumsdifferenz Deutschland-Frankreich in Prozentpunkten -



Lohnstückkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Verhältnis zum realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.
Quelle: OECD; EU.



Lohnzurückhaltung trägt zur Beschäftigungsschaffung bei, und zwar nicht unbedingt im laufenden Jahr, aber in den Folgejahren (Lesch, 2001). Die Lohnpolitik in Frankreich vor 1995 kann als eine wichtige Voraussetzung für die gute Beschäftigungsentwicklung seit Mitte der neunziger Jahre angeführt werden. Das bestätigt auch eine Studie des Internationalen Währungsfonds (Estevao/Nargis, 2002). Die moderate Lohnpolitik beließ Gewinne in den Unternehmen, so dass die Finanzierung von Investitionen erleichtert

wurde. Zudem machte sie Erweiterungsinvestitionen aufgrund des geringeren Kostendrucks rentabler und verbilligte Arbeit relativ zum Kapital. Am aktuellen Rand gab die französische Lohnpolitik allerdings ihren moderaten Kurs auf und parallel dazu reduzierte sich der Beschäftigungsanstieg im Jahr 2001 und kam im Jahr 2002 schließlich zum Erliegen (siehe Abbildung 1).

Die steigende Beschäftigung seit Mitte der neunziger Jahre, die mehr Menschen ein Arbeitseinkommen verschaffte, war wiederum eine wichtige Triebkraft für die Konsumkonjunktur in Frankreich (OECD, 2001; Deutsche Bundesbank, 2001a; Zeeuw, 2001). Tabelle 1 zeigt bereits das unterschiedliche Wachstum der privaten Konsumausgaben in Frankreich und Deutschland im Untersuchungszeitraum 1995 bis 2002. Zudem nahm die sinkende Arbeitslosigkeit vielen die Angst vor einem Beschäftigungsverlust, was ebenfalls zu einem hohen Konsumentenvertrauen beitrug, das wiederum in den vergangenen Jahren auf hohem Niveau lag.

Konsum durch Jobs

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) behauptet dagegen, dass erst das stetigere Ausschöpfen des Verteilungsspielraums in Frankreich im Vergleich zu Deutschland im Zeitraum 1997 bis 2001 eine wichtige Rolle für die Entwicklung der realen Konsumausgaben der privaten Haushalte gespielt hat (Logeay/Volz, 2001, 807). Diese Auffassung ist jedoch problematisch:

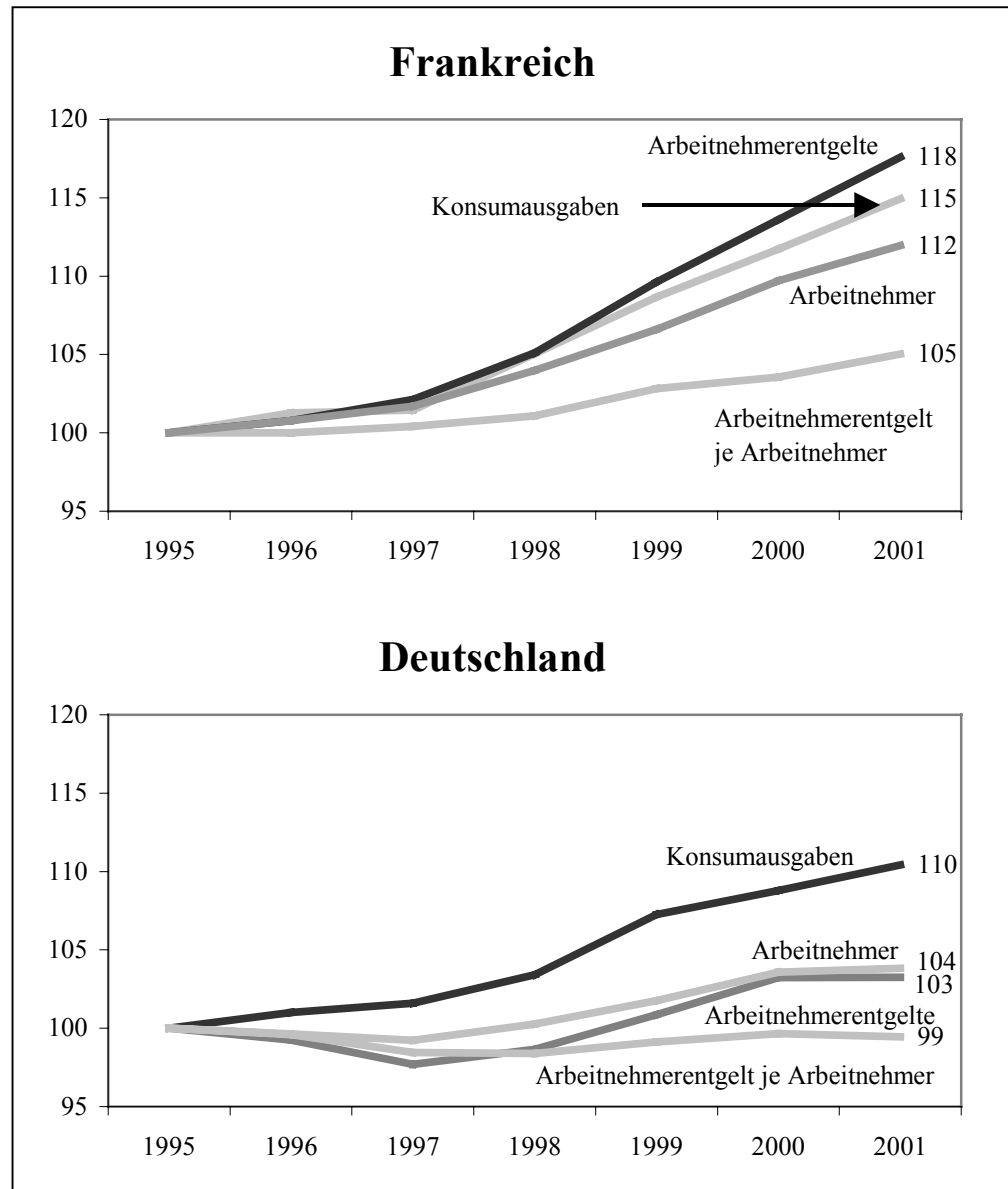
- Der parallele Verlauf der realen Arbeitnehmerentgelte und des realen privaten Konsums in Frankreich – wie in Grafik 6 oben nachgebildet – suggeriert, dass die stärkere Ausschöpfung des Verteilungsspielraums hochgradig konsumwirksam ist. Wenngleich dieser Schluss nicht explizit vom DIW gezogen wird, so ist die Darstellungsform doch missverständlich. Denn es dürfen statt der realen Arbeitnehmerentgelte lediglich die bereits in der DIW-Studie auch zuvor verwendeten Entgelte pro Kopf oder pro Stunde benutzt werden. Die realen Arbeitnehmerentgelte hingegen sind ein Produkt aus der Anzahl der Arbeitnehmer und den Entgelten pro Arbeitnehmer. In Abbildung 6 oben ist der Verlauf dieser Größen ergänzend zur DIW-Darstellung abgetragen. Dabei wird deutlich, dass die Anzahl der Arbeitnehmer wesentlich stärker gestiegen ist als die realen Entgelte je Arbeitnehmer. Damit hat der Beschäftigungs-

anstieg in Frankreich stärker zum Anstieg der realen Arbeitnehmerentgelte beigetragen.

Abbildung 6

Konsum und Arbeitsmarkt

- Private Konsumausgaben, Arbeitnehmerentgelte sowie Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer jeweils deflationiert mit Verbraucherpreisen, Index 1995=100 -



Quelle: OECD; Statistisches Bundesamt.



- Die gleiche Darstellung für Deutschland (Abbildung 6 unten) zeigt, dass die realen Arbeitnehmerentgelte im betrachteten Zeitraum ebenfalls stärker durch die Anzahl der Arbeitnehmer als durch die Entgeltentwicklung je Arbeitnehmer bestimmt werden. Zudem wird anhand der Lücke zwischen privatem Konsum und

Lücke zwischen privatem Konsum und Arbeitnehmerentgelten deutlich, dass letztere die Konsumententwicklung nur teilweise erklären können. Auch die rückläufige Sparneigung sowie die Entwicklung der verfügbaren Einkommen, die neben den Nettoarbeitsentgelten die Vermögens-, Selbstständigen- und Transfereinkommen beinhalten, spielen dabei eine Rolle.

Die unterschiedliche Konsumdynamik in beiden Ländern in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre war in Frankreich also nicht die Folge höherer Lohnsteigerungen, sondern vielmehr die Folge einer besseren Arbeitsmarktentwicklung, die wiederum durch eine moderate Lohnpolitik von den frühen neunziger Jahren bis in die Mitte der neunziger Jahre ausgelöst wurde. Dieser geringere Lohnkostendruck sowie die höhere Beschäftigungsdynamik verbesserten letztlich auch die Investitionsbedingungen in Frankreich. Außerdem haben auch Entlastungen bei der Einkommensteuer die Wachstumsperformance der einzelnen Nachfrageaggregate in einzelnen Jahren begünstigt (OECD, 2001; Deutsche Bundesbank, 2001a; Volz, 2001).

Von entscheidender Bedeutung für die divergierende Wachstumsleistung beider Volkswirtschaften war, dass die wirtschaftliche Entwicklung in unterschiedlich starkem Ausmaß von der Binnennachfrage getragen wurde:

- Ein starker Exportanstieg aufgrund eines Wachstumsanstiegs in der gesamten EU und in den USA war im Jahr 1997 der Funke, der den französischen Wachstumsmotor zündete. Seit 1998 expandierte die Binnennachfrage in Frankreich in hohem Tempo. Es entstand ein sich selbst verstärkender Aufschwung. Auch die Krisen in den Schwellenländern im Jahr 1998 sowie der jüngste Wachstumseinbruch in den USA schlugen sich weniger stark nieder als in Deutschland.
- Zu einem sich selbst verstärkenden Aufschwung kam es in Deutschland nicht in gleichem Maß. Zwar verzeichnete man hier zu Lande im Jahr 1997 ebenfalls einen kräftigen Exportanstieg und die privaten Konsumausgaben und die Ausrüstungsinvestitionen wuchsen zwischen 1998 und 2000 stärker als in den beiden Vorjahren. Doch trugen sie bei weitem nicht so stark wie in Frankreich zum Wirtschaftswachstum bei. Die deutsche Binnenkonjunktur blieb somit zu schwach und schwankungsanfällig, um vor negativen außenwirtschaftlichen Einflüssen gefeit zu sein (Beyfuß/Grömling, 2001; Deutsche Bundesbank, 2001a, 26).

*Arbeitsmarkt-
flexibilität*

Die gute Beschäftigungsentwicklung in Frankreich wurde zudem durch Arbeitsmarktreflexionen flankiert, wenngleich das Urteil über die französische Beschäftigungspolitik insgesamt nur gemischt ausfällt (OECD, 2001; Volz, 2001; Schlotböller/Suntum, 2002; Bilger, 2000; IW Köln, 2002a; The Economist, 2002). Hier soll ein schlaglichtartiger Blick auf besonders wichtige Maßnahmen, die im Zeitraum 1995 bis 2002 beschäftigungsrelevant wurden, genügen:

- Positiv zu nennen sind die Verbesserung der Bedingungen für befristete Beschäftigung und Leiharbeit, die höhere Arbeitszeitflexibilität sowie verschiedene Maßnahmen zur Verringerung des Abgabenkeils. Dazu zählen etwa die Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber bei Geringverdienern in verschiedenen Anläufen seit 1993 wie auch die Einführung einer Beschäftigungsprämie für diese Gruppe im Jahr 2000, die einer negativen Einkommensteuer ähnlich ist (Kaltenborn/Pilz, 2002).
- Kritischer zu sehen sind vor allem weiter erhöhte Anforderungen an Entlassungen, die Einführung der 35-Stunden-Woche ab 1998 bei vollem Lohnausgleich (IW Köln, 2002b) sowie eine insgesamt sehr teure Arbeitsmarktpolitik mit einer Vielzahl wenig wirksamer Beschäftigungsprogramme (Bilger, 2000).

In Deutschland hat sich die Arbeitsmarktregulierung nach Erleichterungen ab Mitte der neunziger Jahre seit dem Regierungswechsel im Jahr 1998 weiter verhärtert (ausführlich dazu: Eichhorst/Profit/Thode, 2001). Zwar lieferte das Job-Aktiv-Gesetz auch einige positive Ansätze, doch wurden beispielsweise Lockerungen beim Kündigungsschutz und bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall rückgängig gemacht, die geringfügig Beschäftigten und die so genannten Schein-Selbstständigen in die Sozialversicherungspflicht gezwungen, die betriebliche Mitbestimmung wurde kostenträchtig auf kleinere Betriebe ausgeweitet, ein tendenziell einstellungshemmendes Recht auf Teilzeitbeschäftigung geschaffen sowie die befristete Beschäftigung teilweise weiter beschränkt (IW Köln, 2001b).

Eine Bestandsaufnahme einzelner Details der Arbeitsmarktregulierung in beiden Ländern ist freilich nur bedingt zielführend. Es kommt auf Gesamtaussagen bezüglich der relativen Rigidität der Arbeitsmarktverfassung oder

über deren Entwicklung im Betrachtungszeitraum an, um Schlussfolgerungen darüber zu ziehen, in welchem Ausmaß die Arbeitsmarktpolitik zu den Wachstumsunterschieden zwischen Frankreich und Deutschland beigetragen hat.

Die OECD hat zum Ende der neunziger Jahre eine Bewertung einiger Aspekte der Beschäftigungsschutzregulierung vorgenommen (Nicoletti/Scarpetta/Boylaud, 1999). Demnach schneiden Frankreich und Deutschland beide in etwa gleich schlecht ab, wobei in Deutschland die reguläre Beschäftigung stärker eingeschränkt ist, während in Frankreich befristete Beschäftigungsmöglichkeiten stärker reguliert sind. Die strukturelle Arbeitslosigkeit als ein Maß für Inflexibilitäten auf dem Arbeitsmarkt war in Deutschland mit 7,3 Prozent im Jahr 2001 deutlich niedriger als in Frankreich mit 9,3 Prozent (Sachverständigenrat, 2002, Ziff. 349). Sie hat sich allerdings in Deutschland seit 1995 erhöht, während sie in Frankreich um 1 Prozentpunkt zurückgegangen ist. Dieser Befund passt mit der zuvor erfolgten kurzen Bestandsaufnahme einzelner Politikmaßnahmen grob überein. Eine Aussage über die Relevanz dieser Unterschiede für die Wachstumsperformance beider Länder ist aber nicht eindeutig, weil Deutschland beim Ausmaß der Arbeitsmarktregulierung eher besser, bei der Entwicklung in den letzten Jahren dagegen eher schlechter abschnitt als Frankreich.

Der Wachstumsvorteil Frankreichs im Zeitraum 1995 bis 2002 kann durch die ökonomischen Wiedervereinigungseffekte, also im Wesentlichen durch den wachstumshemmenden Normalisierungsprozess in der deutschen Bauwirtschaft sowie die vereinigungsbedingt höhere Abgabenbelastung, überwiegend erklärt werden. Allein in den Jahren 1998 und 1999 erlebte Frankreich im Gegensatz zu Deutschland einen sehr kräftigen, aber bald darauf wieder vorübergehenden Konjunkturboom. Dieser wurde vor allem von einer starken Beschäftigungsentwicklung getragen, die ihrerseits in erster Linie auf eine im Vergleich zu Deutschland ausgeprägte Lohnzurückhaltung Frankreichs in den Vorjahren zurückzuführen ist. Zudem haben Arbeitsmarktreformen diesen Beschäftigungserfolg erleichtert, wenngleich der französische Arbeitsmarkt insgesamt immer noch stärker reguliert ist als der deutsche.

Fazit

Auch was die weitere wirtschaftliche Entwicklung angeht, verfügt Frankreich nicht über eine bessere Ausgangsposition und kann daher nicht als ein wachstums- und beschäftigungspolitisches Beispiel für Deutschland dienen:

- Zwar schneidet Frankreich beim PISA-Test besser ab, was zumindest dahingehend interpretiert werden kann, dass beim Humankapital als Wachstumsfaktor anhand dieses Indikators geringe Vorteile bestehen können. Die Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologien sind in beiden Ländern in etwa gleich hoch. Bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung kann Deutschland sogar bessere Werte aufweisen (EITO, 2002; OECD, 2002).
- Die Produktmärkte sind in Frankreich stärker reguliert als hier zu Lande. Das gilt vor allem für bürokratische Hemmnisse bei Unternehmensgründungen sowie einer starken Rolle des Staates im Wirtschaftsprozess (Nicoletti/Scarpetta/Boylaud, 1999). Zudem hat sich die französische Regierung im Rahmen der EU-Deregulierung ehemaliger staatlicher Monopolmärkte immer wieder als Bremser – beispielsweise auf den Energiemärkten – erwiesen.
- Das Ausmaß der Staatstätigkeit ist in Frankreich höher als in Deutschland. Im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2002 belief sich die Staatsquote (Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt) in Frankreich auf 54 Prozent, in Deutschland auf 48,7 Prozent. Auch die Abgabenquote (Steuern und Sozialabgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) war in Frankreich im gleichen Zeitraum mit 51,2 Prozent höher als in Deutschland (46,4 Prozent). Einer empirischen Untersuchung des Sachverständigenrats zufolge haben besonders der Schuldenstand und die Defizitquote negative Wachstumseinflüsse. Beim Schuldenstand übertraf Deutschland im Zeitraum 1995 bis 2002 Frankreich mit 60,1 Prozent gegenüber 57,8 Prozent. Dagegen war die Defizitquote in Frankreich mit durchschnittlich 2,8 Prozent um einen halben Prozentpunkt höher als in Deutschland.

Literatur:

- Beyfuß, Jörg / Grömling, Michael, 2001, Deutsche Wirtschaftsperspektiven im Schatten hoher konjunktureller Störanfälligkeit, in: iw-trends, Quartalshefte zur empirischen Wirtschaftsforschung, 28. Jg., Heft 2, S. 5-20.
- Bilger, François, 2000, Der französische Arbeitsmarkt, in: Berg, Hartmut (Hrsg.), Arbeitsmarkt und Beschäftigung: Deutschland im internationalen Vergleich, Berlin, S. 77-99.
- Boss, Alfred / Meier, Carsten-Patrick, 2002, „Wachstums-Schlusslicht Deutschland“: Ein Beitrag zur Debatte, in: Die Weltwirtschaft, Heft 2, S. 158-171.
- Deutsche Bundesbank, 2001a, Exkurs: Wachstumsunterschiede zwischen Deutschland und Frankreich, Monatsbericht, August, S. 22-28.
- Deutsche Bundesbank, 2001b, Exkurs: Probleme internationaler Wachstumsvergleiche – eine ergänzende Betrachtung, Monatsbericht, Mai, S. 41-46.
- Eichhorst, Werner / Profit, Stefan / Thode, Eric, 2001, Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Bericht der Arbeitsgruppe Benchmarking und der Bertelsmann-Stiftung, Berlin.
- Estevão, Marcello / Nargis, Nigar, 2002, Wage Moderation in France, IMF Working Paper, Nr. 151, Washington, D.C.
- Europäische Kommission, 2002, Germany's growth performance in the 1990's, Economic Papers, Nr. 170, Mai, Brüssel.
- European Information Technology Observatory (EITO), 2002, Observatory 2002, Frankfurt am Main.
- Hein, Eckhard / Mülhaupt, Bernd / Truger, Achim, 2002, WSI-Standortbericht 2002: „Schlusslicht Deutschland“ – eine makroökonomische Interpretation, in: WSI Mitteilungen, Heft 6, S. 307-318.
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln), 2001b, Arbeitsmarkt-Reformen: Alles nur geträumt, in: iwd, Nr. 49, v. 6. Dezember, S. 4-5.
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln), 2002a, Frankreich: Der Nachbar wandelt auf dünnem Eis, in: iwd, Nr. 11, v. 14. März, S. 4-5.
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln), 2002b, Arbeitszeitverkürzung in Frankreich: Kehrtwende vollzogen, in: iwd, Nr. 43, v. 24. Oktober, S. 6-7.
- Kaltenborn, Bruno / Pilz, Lars, 2002, Kombilöhne im internationalen Vergleich, Diskussionsbeiträge des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 10, v. 1. August, Nürnberg.
- Kuntze, Oscar-Erich, 2002, Frankreich: Reprise conjoncturelle sans cohabitation, in: ifo Schnelldienst, 55. Jg., Heft 14, S. 41-49.
- Lesch, Hagen, 2001, Beschäftigungswirkungen einer moderaten Lohnpolitik, in: iw-trends, Quartalshefte zur empirischen Wirtschaftsforschung, 28. Jg., Heft 4, S. 39-54.
- Logeay, Camille / Volz, Joachim, 2001, Lohnzurückhaltung – ein Beitrag zu mehr Beschäftigung? Deutschland und Frankreich im Vergleich, in: DIW-Wochenbericht, 68. Jg., Heft 50, S. 803-809.

- Nicoletti, Giuseppe / Scarpetta, Stefano / Boylaud, Olivier, 1999, Summary Indicators of Product Market Regulation with an Extension to Employment Protection Legislation, OECD Economics Department Working Papers, Nr. 226, Paris.
- Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD), 2001, France, OECD Economic Surveys 2000-2001, Paris.
- Organisation for Economic Co-Operation (OECD), 2002, Main Science and Technology Indicators, 2001/2, Paris.
- Sachverständigenrat (SVR), 2002, Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum, Wiesbaden.
- Schlotböller, Dirk / Suntum, Ulrich van, 2002, Frankreich: Kurzfristige Arbeitsplatzkosmetik statt grundlegender Reformen, Internationales Beschäftigungs-Ranking, Gütersloh.
- The Economist (Hrsg.), 2002, A Survey of France, v. 16. November, S. 3-18.
- Volz, Joachim, 2001, Erfolgreiche Beschäftigungspolitik in Frankreich, in: DIW-Wochenbericht, 68. Jg., Heft 40, S. 613-618.
- Zeeuw, Hyung-Ja de, 2001, Sputtering Germany, rising France, in: Abn-Amro, in: Economic Perspectives, Mai, S. 27-29.

Economic Performance of Germany and France

iw-focus

Between 1995 and 2002 economic growth in France was considerably higher than in Germany. This fact can be largely explained by the economic consequences of the German re-unification – mainly the decline of the German construction sector and the increase in government levies to finance transfers to East Germany. Taking these effects into consideration, France experienced a strong upswing merely in 1998 and 1999. This temporary success was supported by a strong build-up in employment, which in turn can be largely explained by moderate wage increases in the preceding years as well as by some minor reforms of the labour market. Labour and product market regulations, however, are still stricter in France than in Germany. In general, the conditions for economic growth do not appear to be better in France.